



Die Kreishandwerkerschaft Ludwigsburg fühlte den Bundestagskandidaten in einer Podiumsdiskussion auf den Zahn.

Bild: Cathrin Müller

# Klare Forderungen des Handwerks

*Mehrwertsteuersatz soll reduziert werden – Diskussionsrunde mit Bundestagskandidaten*

**Ludwigsburg – Es sind nicht so sehr Themen, die unmittelbar aus der Wirtschaftskrise resultieren, die die Handwerker im Kreis Ludwigsburg umtreiben. Sie fühlen sich vielmehr von Problemen belastet, die seit Jahren auf der Tagesordnung stehen. Das wurde bei einer Diskussion mit Bundestagskandidaten aus fünf Parteien gestern deutlich.**

VON JÜRGEN SCHMIDT

So wurden bei der Veranstaltung mit rund zwei Dutzend Vertretern des heimischen Handwerks klare Forderungen an Politiker gerichtet, etwa die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für arbeitsintensive Dienstleistungen.

Der Obermeister der Friseurinnung Ludwigsburg, Uwe Volz sieht die von ihm vertretenen Betriebe in Sachen Mehrwertsteuer

einem verzerrten Wettbewerb ausgesetzt. Kleine Betriebe, die umsatzsteuerfrei seien, weil sie unter die Grenze von 17 500 Euro Jahresumsatz fielen, verdrängten durch Billigangebote die mittleren und größeren Betriebe, die sich nach wie vor um die Nachwuchsausbildung kümmern. Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger, die zuvor selbstständig gewesen seien, habe sich binnen Jahresfrist verdoppelt. Statt des reduzierten Mehrwertsteuersatzes komme zur Lösung des Problems auch eine Abschaffung der Steuerfreigrenze in Betracht, so Volz.

Nach Meinung des Obermeisters der Maler- und Lackiererinnung, Ulrich Kreh-Kalesse könnten mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz in arbeitsintensiven Branchen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies habe jüngst ein Modellversuch Frankreichs im Elsass gezeigt.

Noch immer unzufrieden zeigen sich heimische Handwerker auch mit der Änderung der Handwerksordnung vor fünf Jahren, die die Aufhebung des Meisterzwangs in manchen Gewerken gebracht hatte. Das habe beispielsweise bei den Fliesenlegern die Preise kaputtgemacht, sagte der Hauptgeschäftsführer des baden-württembergischen Handwerkskammertages Dr. Hartmut Richter, der die Diskussionsrunde moderierte. Das europäische Recht habe Deutschland nicht dazu gezwungen, den Meisterzwang aufzuheben. Und die derzeit aus Brüssel über die Betriebe hereinbrechende Flut an notwendigen Zertifizierungen sei aufwendiger als einmal die Meisterprüfung abzulegen.

Die Brüsseler Vorschriften stören insbesondere auch das Lebensmittelhandwerk, wie Fleischer-Innungsoberrmeister Bernd

Tafelmaier monierte. Selbst kleine Metzgereien, die nur für den regionalen Markt produzierten, müssten die gleichen EU-Auflagen erfüllen wie Großbetriebe.

## Dreistündige Debatte

In Detailfragen gab es durchaus deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Politikern und ihrem Publikum, das gleichzeitig auch Gastgeber war. Doch im Kern waren sich Ingrid Hönlinger (Grüne), Steffen Bilger (CDU), Jan Mönikes (SPD), Alexander Schopf (FDP) und Hans-Jürgen Kemmerle sowie Walter Kubach, die für die Linke gleich zu zweit auf dem Podium saßen einig: Ihre Partei ist eigentlich die Partei des Handwerks.

Doch vonseiten der Handwerker war im Verlauf der rund dreistündigen Debatte durchaus leise Skepsis an dieser Selbsteinschätzung hörbar.